



**Protokoll
Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und
Rechte der Minderheiten
am 03.01.2019**

Ort: Stadthaus, Saal
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Anwesenheit:

Weißflog, Hans-Joachim	B90/GRÜNE in Vertretung für Gudrun Breitschuh-Wiehe
Gerth, Christina	CDU
Giesecke, Christina	CDU
Kurth, Gunnar	SPD
Maresch, Jürgen	Unser Cottbus/FDP
Richter, Eberhard	DIE LINKE
Richter, Brita	DIE LINKE
Schulz, Dietmar	CDU

Sachkundige Bürger und Gäste (siehe Anwesenheitsliste in Anlage 1)

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Rechte der Minderheiten ist beschlussfähig.
Es sind acht stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmung: 8 : 0 : 0

TOP 3 Protokollkontrolle

Das Protokoll der Beratung vom 05.12.2018 wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.

Abstimmung: 8 : 0 : 0

TOP 4 Beschlussvorlagen

4.1 OB-001/19

Benennung des Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen und zur besonderen Vertretung der Gruppe der Senioren

v: stellv. Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Soziales

Frau Duhra informiert, dass Herr Norman Franzke ausgewählt wurde und bittet Herrn Franzke, sich vorzustellen. Herr Franzke beantwortete die Nachfragen von Frau Gerth zu seiner Kompetenz in Bezug auf Stellungnahmen im Baubereich, von Herrn Maresch zu seinen Vorstellungen von seinem Aufgabenfeld, seinen Visionen und Zielen und von Herrn Groß zu seinem Arbeitsstil.

Herr Maresch stellt einen Antrag zur Änderung der Vorlage OB-001/19. Der Antrag wurde abgelehnt, da sich der Antragsinhalt nicht auf den Beschlussvorschlag selbst, sondern auf dessen Begründung durch die Verwaltung bezieht. Der Antrag wird zu Protokoll gegeben (Anlage 2). Herr Richter bittet die Verwaltung den Hinweis zur Formulierung „Inklusion statt Integration“ im Begründungstext einzuarbeiten.

Abstimmung: 8 : 0 : 0

4.2 III-001/19

Erarbeitung eines Beteiligungskonzeptes für Kinder und Jugendliche

v.: Geschäftsbereich III

Herr Thomas informiert, dass im Vorjahr der §18a in die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg aufgenommen wurde. Danach sind Kinder und Jugendliche an allen Prozessen zu beteiligen. Eine Änderung der Hauptsatzung ist nicht erforderlich, da die Stadt über eine Kinder- und Jugendbeauftragte verfügt. Für die Erarbeitung eines Beteiligungskonzeptes für Kinder und Jugendliche bittet er um Abstimmung zur Vorlage.

Abstimmung: 8 : 0 : 0

TOP 5 Berichte keine

TOP 6 Informationen, Anträge aus den Fraktionen und der Verwaltung, Anfragen

6.1 Informationen

6.1.1 Verständigung zum Umgang mit dem Vorschlag der Einrichtung eines Runden Tisches gegen Kinderarmut

v.: Vorsitzender des Ausschusses Soziales, Gleichstellung und Rechte der Minderheiten

Herr Maresch orientiert auf Ziele und Struktur des runden Tisches in Frankfurt/Oder. Hier sind Verwaltung, Politik, Sozialverbände und andere interessierte Partner beteiligt. Herr Richter ergänzt, dass man dort erreichen will, dass alle Angebote gebündelt werden, so dass Interessierte und Betroffene leichter zugreifen können.

Frau Duhra verweist darauf, dass das Team Bildung und Teilhabe nur die bundesgesetzlichen Aufgaben umsetzt. Darüber hinausgehende Bedarfe und Wünsche durch Bürger können durch die Leistungssachbearbeiter nicht- oder nur unzureichend befriedigt werden. Hier fehlen Zeit und Ressourcen. Es gibt Spenden und Sponsoring, Landes- und Bundesförderprogramme, die sich auf die Trägerlandschaft und Vereine beziehen und zur Unterstützung für Kinder und Jugendliche bestimmt sind. Die Angebote sind zu vielfältig, um sie im Einzelfall zu ermitteln.

Herr Maresch nimmt die Anregungen auf. Er wird sich mit Frau Dieckmann, Frau Duhra und Herrn Richter beraten und die Ergebnisse im März im Sozialausschuss vorstellen. Frau Giesecke schlägt vor, das Thema in den nächsten Jugendhilfeausschuss mitzunehmen, da dort die Jugendhilfeträger vertreten sind. Eine Aufnahme des Themas in die Bürgerdialoge soll ebenfalls geprüft werden.

TOP 7 Sonstiges

Herr Groß informiert, dass eine Anfrage zur Perspektive für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Cottbus vorbereitet wird. Herr Richter schlägt vor, das Thema im Februar im Sozialausschuss in den entsprechenden Bericht der Servicebereichsleiterin Bildung und Integration einzubauen.

II. Nichtöffentlicher Teil

Es liegen keine Unterlagen vor.

Richter
Vorsitzender des Ausschusses

Kasch
Protokollantin